

Die überraschte CDU und ein Favorit: Im Süden tippen viele auf Jens Spahn

- Parteifreunde von Kramp-Karrenbauer sind überrascht
- Über die Nachfolge wird bereits diskutiert
- Abgeordnete fordern klare Abgrenzung von den Rändern

VON ULI FRICKER
ulrich.fricker@suedkurier.de

Nach dem Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer haben sich die ersten CDU-Politiker aus der Region zu ihrem Schritt geäußert:

➤ Andreas Jung, Wahlkreis Konstanz: Den Bundestagsabgeordneten hat der radikale Rückzug von AKK überrascht. Ihr Verhalten in der Thüringen-Krise sei richtig gewesen, sagt der CDU-Mann, der als Landesgruppenchef im Bundestag über erheblichen Einfluss verfügt. „Ihre Haltung zu Thüringen unterstütze ich zu 100 Prozent. Sie vertrat eine glasklare Haltung.“ Die Partei sei bei ihr in guten Händen gewesen, sagt Jung, und: „Wir müssen als CDU weiterhin den Weg der Mitte gehen.“

➤ Volker Kauder, Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen: „Ich bin überrascht“, sagt der parlamentarische Haudegen aus Tuttlingen. Zu möglichen Nachfolgern und Spitzenkandidaten äußert er sich nicht. Dem ehemaligen Unions-Fraktionschef geht es vor allem um den Kurs der CDU, er sagt: „Wir haben eine schwere Orientierungskrise in der CDU. Es ist uns nicht gelungen, diese Krise zu überwinden.“ Es gehe nicht um rechte oder linke Strömungen innerhalb der CDU, sondern „um unseren Kompass. Dieser zeigt sich im christlichen Menschenbild.“ Dazu müsse sich die CDU deutlicher bekennen.

➤ Felix Schreiner, Wahlkreis Waldshut: Der Abgeordnete aus Lauchringen (Kreis Waldshut) hat großen Respekt vor der Entscheidung von Annegret Kramp-Karrenbauer. Deren brüchiger werdende Autorität hat er schon des Längeren beobachtet. Er sagt: „Es ist ihr nicht gelungen, die verschiedenen Strömungen innerhalb der CDU zusammenzuhalten. Sie hatte deshalb keine realistische Chance mehr.“ Schreiner, 34, setzt jetzt auf einen Generationenwechsel. Einen CDU-Chef Jens Spahn kann sich der CDU-Mann vom Hochrhein gut vorstellen. Bereits im Dezember 2018 wählte er Spahn im ersten Wahlgang.

➤ Thorsten Frei, Wahlkreis Schwarzwald-Baar: Auch der Abgeordnete aus Donaueschingen war von der Entscheidung von Kramp-Karrenbauer völlig überrascht. Im Gespräch mit dieser Zeitung sagte er: „Gleichzeitig sehe ich, dass es für sie ein schwieriges Umfeld war. In Thüringen kamen keine klaren Signale. Das hat uns in eine ungute Situation gebracht.“ Thorsten Frei, der zu-

gleich stellvertretender Fraktionsvize ist, sieht in Jens Spahn einen Politiker mit Zukunft: „Er macht exzellente Arbeit. Auch beim Thema Gesundheit hat er sich als Fachpolitiker profiliert und in einem heiklen Feld bewährt.“

➤ Lothar Riebsamen, Wahlkreis Bodensee: Der CDU-Mann vertritt eine klare Meinung: „Thüringen war der Auslöser. Dort stieß Annegret Kramp-Karrenbauer an ihre Grenzen. Sie musste erkennen, dass sie keine Autorität mehr hat.“ Für ihre Nachfolge hat Riebsamen bereits einen Joker im Ärmel: „Jens Spahn ist der beste Mann, den wir haben. Er verfolgt eine klare Linie und arbeitet völlig strukturiert. Seine größte Stärke: Er kann sich durchsetzen.“

➤ Armin Schuster, Wahlkreis Lörrach: „Die Umfragewerte für AKK waren in letzter Zeit so niedrig, dass eine Kanzlerkandidatur immer unwahrscheinlicher geworden ist“, sagt der Abgeordnete. „Sie hatte schwerste Zeiten zu meistern und übernimmt jetzt Verantwortung für die Zukunft der CDU, davor habe ich großen Respekt.“ Den Rückzug der Parteivorsitzenden bedauert der Innenexperte Schuster sehr: „Ich habe sie mit einem Vertrauensvorschuss als Parteivorsitzende unterstützt. Deshalb finde ich die Entwicklungen innerhalb dieses Jahres sehr bedauerlich – ich hätte es ihr wirklich anders gewünscht.“

➤ Thomas Bareiß, Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen: „Ihre Entscheidung ist honorig“, findet Thomas Bareiß, der aus dem Zollernalbkreis stammt. Nun erwartet er, dass AKK den Übergang zu einem/einer neuen Vorsitzenden gut moderiert und der CDU endlose Schleifen des Übergangs erspart bleiben. Für die Zukunft erwartet er, dass sich die CDU wieder auf „staatsbürgerliche Traditionen“ besinne. Dazu gehöre es, dass sie sich nach beiden Seiten – Linksaußen sowie Rechtsaußen – klar abgrenzt.“ Und zur Nachfolge-Frage: „Wir haben gute Leute.“

➤ Axel Müller, Wahlkreis Ravensburg: „Sie hat sich seit einiger Zeit schwer getan, sich zu behaupten. Die Ereignisse in Thüringen waren nur der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt“, sagt der CDU-Politiker aus Weingarten. Einen Neubeginn kann er sich mit Jens Spahn vorstellen.

Das lesen Sie zusätzlich online

Im Wortlaut – Annegret Kramp-Karrenbauers Rückzugsankündigung im Video: www.sk.de/10435708



Einige CDU-Politiker aus der Region können sich Gesundheitsminister Jens Spahn als CDU-Chef und Nachfolger von Annegret Kramp-Karrenbauer vorstellen. BILD: AFP

Ramelow setzt auf CDU

Der Linkspolitiker strebt die Ministerpräsidentenwahl in der nächsten Woche an. Seine Partei setzt auf klare Vereinbarungen

Erfurt (AFP) Der Linkspolitiker Bodo Ramelow strebt möglichst schon für die kommende Woche seine Wiederwahl als Ministerpräsident in Thüringen an. Er setze dabei auf „klare Vereinbarungen“ mit Teilen der CDU-Fraktion, sagte Ramelow in Erfurt. Ein weiterer Stillstand in Thüringen sei „staatspolitisch verantwortungslos“.

Die Thüringer Linke will Ramelow nach dem Rücktritt seines umstrittenen Nachfolgers Thomas Kemmerich (FDP) nur als Kandidat aufstellen, wenn es demokratische Mehrheiten für seine Wahl gibt. Landes- und Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow forderte die CDU daher auf, bereits im ersten

Wahlgang für Ramelow zu stimmen. Die bisherigen Koalitionspartner Linke, SPD und Grüne haben keine Mehrheit im Erfurter Landtag. Sie sind bei der Ministerpräsidentenwahl in den ersten beiden Wahlgängen auf mindestens vier Stimmen von CDU und FDP angewiesen.

Bodo Ramelow sagte gestern, er habe durch zahlreiche Gespräche den Eindruck, dass einige Abgeordnete jenseits von Rot-Rot-Grün „emotional wissen, worauf es ankommt – nämlich auf eine handlungsfähige Landesregierung“.

Mit dem FDP-Politiker Kemmerich gebe es derzeit nur einen geschäftsführenden Ministerpräsidenten ohne Minister, kritisierte er. Nötig sei aber eine Landesregierung, die handlungsfähig sei, die mit der Bundesregierung bestimmte Themen bearbeite und die die wahlrechtlichen Voraussetzungen für eine Neuwahl schaffe.